

KURZ UND PRÄGNANT

Ausbildungsqualität muss besser werden

„Der 10. Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigt, dass bei allem Lob für die duale Ausbildung noch erhebliche Mängel bestehen“, so Kati Engel, Sprecherin der Linksfraktion für Ausbildung. Trotz der komfortablen Lage in Thüringen sind noch 1.944 junge Menschen ohne einen Ausbildungsvertrag und 3.860 Ausbildungsstellen unbesetzt. „Es muss dringend die Vermittlung, aber auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessert werden, sonst verlassen noch mehr Jugendliche Thüringen“, forderte die Abgeordnete.

So würden viele von vornherein ausgeschlossen, da einige Ausbildungsplätze nur für Realschüler oder Abiturienten ausgeschrieben seien. Schüler mit einem Hauptschulabschluss gingen meist leer aus. „Gleichzeitig beschwerten sich die Betriebe über einen Fachkräftemangel. Das ist doch eine paradoxe Situation.“ Zudem würden bestimmte Ausbildungsberufe, wie im Hotel- und Gaststättenbereich, bewusst gemieden wegen der eklatant schlechten Bedingungen (Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten, geringe Vergütung).

„Es muss wirksamere Kontrollen zur Überwachung der Ausbildungsqualität geben. Die Kammern kommen dieser Aufgabe nur unzureichend nach. Auszubildende brauchen eine Beschwerdestelle, der sie vertrauen. Hier sind Politik und Gewerkschaften gleichermaßen gefragt“, sagte Kati Engel. ■

Prüfung der Kammern für mehr Transparenz

Zur Weigerung zweier Thüringer Industrie- und Handelskammern, sich einer Prüfung des Thüringer Rechnungshofes zu unterziehen, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die unabhängige Kontrolle öffentlicher Einrichtungen ist ein zentrales Fundament unserer Demokratie. Dem müssen sich auch die Kammern als Anstalten öffentlichen Rechts unterziehen.“ Der Abgeordnete verwies auf die Zwangsgliederschaft in den Kammern mit entsprechenden Beitragspflichten, die eine transparente Geschäftsführung besonders nötig machen. „Die vom Verwaltungsgericht Koblenz für rechtswidrig erklärte überbordende Rücklagenbildung vorwiegend aus den Mitgliedsbeiträgen macht deutlich, dass mehr Offenheit notwendig ist. Es ist mir deshalb vollkommen unverständlich, warum die IHK Südthüringen und die IHK Erfurt im Gegensatz zur IHK Ostthüringen nicht dem transparenten Weg folgen wollen.“ ■

Fotos vom Wohnwagen waren später gelöscht

Zeugenbefragung im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag

Am 27. August fand die zweite öffentliche Zeugenbefragung des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag statt. Themen war das brennende Wohnmobil und die aufgefundenen Leichen der NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos am 4. November 2011 in Eisenach sowie der Einsatz von Polizei und Feuerwehr. Auf der Homepage des Jugend- und Wahlkreisbüros Haskala der Landtagsabgeordneten Katharina König, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, werden regelmäßig die ausführlichen Protokolle der öffentlichen Sitzungen eingestellt: www.haskala.de. Daher auch die folgende Zusammenfassung der zweiten Zeugenbefragung.

Eine Blaulicht-Reporterin führte Fotoaufnahmen vor, die sie am Tatort kurz nach Eintreffen der ersten Feuerwehrleute angefertigt hatte. Die Zeugin erklärte, dass zwar mehrere Einsatzkräfte einen Blick in den Wohnwagen geworfen hatten, aber keiner einen Spurenschutzanzug trug und eine Tatortgruppe zunächst gar nicht am Wohnwagen war.

Der oberste Feuerwehrmann aus Eisenach forderte seine Feuerwehrleute zur Verschwiegenheit auf, um diese nach eigenen Angaben vor der Presse zu schützen. Kritik der Freiwilligen Feuerwehr, wonach diese einer Gefahr ausgesetzt war, weil die Polizei nicht über gefallene Schüsse informierte, hatte er nicht ernst genommen und vertraute dem Eisenacher Polizeichef, der halbherzig versicherte, dass man

die Feuerwehr doch „nicht ans Messer liefern würde“, obwohl kurz vor dem Löschen noch geschossen wurde. Auch unternahm er keine Versuche, das von der Polizei beschlagnahmte Feuerwehreigentum, eine SD-Karte mit Fotos vom Wohnwagen, wiederzubekommen, später waren die Fotos gelöscht.

Ein Mitarbeiter einer Abschleppfirma berichtete, dass aus dem Wohnmobil am Tatort Sachen ausgeräumt wurden, der Chef des Abschleppunternehmens erklärte, dass er den NSU-Wohnwagen

sächsische Innenminister (oder ein Vertreter des sächsischen Innenministers) in seine Halle nach Eisenach gekommen sei, um sich den Wohnwagen anzuschauen.

Eine Gerichtsmedizinerin, die zufällig vor Ort war, konnte nur einen ganz kurzen Blick in den Wohnwagen werfen, aber nicht feststellen ob die beiden (Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos) tot waren. Ohne Leichenschau reiste sie zunächst wieder ab. Wann und ob überhaupt jemand korrekt den Tod von Mundlos und Böhnhardt im Wohnwa-



samt Leichen und Waffen im Inneren im 40-Grad-Winkel hochgezogen und drei bis fünf Kilometer durch Eisenach gefahren habe, ihn dann in seiner Halle parkte, wo er einen Monat rumstand, davon die meiste Zeit völlig unbewacht. Außerdem berichtete der Chef des Abschleppunternehmens, dass der

gen am 4. November feststellte, konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Zur nächsten Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag am 17. September sollen Rettungssanitäter und Kriminaltechniker befragt werden. ■

Für Einführung Gedenktag 8. Mai

Zu den Vorwürfen der CDU, die Koalitionsfraktionen hätten im Innenausschuss aus „ideologische(r) Verbohrtheit“ (so eine CDU-Pressemitteilung) die Aufnahme weiterer Gedenktage in das Feiertagsgesetz verweigert, erklärte die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König:

Im Ausschuss ist über die Ergebnisse der Anhörung diskutiert worden, die ein überwiegend positives Echo zum Vorschlag der Einführung des Gedenktages 8. Mai erbracht haben. Dabei hatte für die Koalition besonderes Gewicht, dass einige Anzuhörende, die Opfergruppen des NS-Regimes und Widerstandskämpfer repräsentieren, die besondere Rolle des 8. Mai im geschichtlichen Kontext hervorgehoben haben. Daraus hat sich ergeben, die Bedeutung der Einführung eines Gedenktages 8. Mai nicht durch das Verknüpfen mit weiteren Gedenktagen zu relativieren.

Zu keinem Zeitpunkt hat es die LINKE oder gar die Koalition abgelehnt, mit gesellschaftlichen Institutionen sowie der parlamentarischen Opposition in eine breite und ergebnisoffene Diskussion über die Einführung weiterer Gedenktage zu bedeutsamen Anlässen zu treten.

Richtig ist an der Pressemitteilung der CDU daher nur, dass eine Verknüpfung der Einführung des Gedenktages anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa mit weiteren Gedenktagen keine Mehrheit im Ausschuss gefunden hat und ein entsprechender Änderungsantrag der CDU abgelehnt wurde. Ich habe der CDU im Ausschuss explizit die Beratung zur Aufnahme weiterer Gedenktage ins Feiertagsgesetz angeboten. Wie sich nun zeigt, diene der CDU-Antrag aber eher der Konstituierung von Oppositionsmythen, denn irgendeinem inhaltlichen Anliegen, wie etwa dem Gedenken an Opfer des SED-Unrechts. ■

Bildungsmonitor: 2. Platz von Thüringen verteidigt

Erneut belegte Thüringen beim „Bildungsmonitor“ hinter Sachsen den zweiten Platz. Zum guten Abschneiden in der neuen Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft zum Vergleich der Länder-Bildungssysteme, erklärte der bildungspolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Torsten Wolf: „Zunächst spiegelt sich in diesem Ergebnis die Arbeit der Lehrkräfte an den Thüringer Schulen. Es ist in erster Linie ihre engagierte Arbeit, die immer wieder zu guten Ergebnissen bei den verschiedenen Vergleichsverfahren führt. Thüringen verfügt heute deutschlandweit über die am besten ausgebauten Angebote im Ganztags-schulbereich in Landesträgerschaft.“ Hinzu komme, „dass die Koalition alles tut, um mit der Neueinstellung von Lehrern und zusätzlichen Kräften u.a. für Deutsch als Zweitsprache die personelle Situation zu entspannen und den Unterrichtsausfall weiter zurückzudrängen.“ ■